

NIEDERSCHRIFT

über die **10.** Sitzung
**des Planungs-, Klimaschutz und
Umweltausschusses**
(XVII. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **25.05.2023**
Ort der Sitzung: GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2172)
Navigation: www.rkn.nrw/TR814
Beginn der Sitzung: 17:04 Uhr
Ende der Sitzung: 18:34 Uhr
Den Vorsitz führte: Wolfgang Wappenschmidt

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Dr. Harald Freiherr von Canstein
 2. Herr Reinbert Eitz
 3. Herr Karl Josef Flüchten
 4. Frau Sabina Kram
 5. Herr Richard Streck
 6. Herr Wolfgang Wappenschmidt
 7. Herr Thomas Welter
- Vertretung für Herrn Fabian Sternke
- Vertretung für Herrn Johann-Andreas Werhahn

• SPD-Fraktion

8. Frau Christina Borggräfe
 9. Frau Christa Buers
 10. Frau Doris Hugo-Wissemann
 11. Frau Andrea Jansen
 12. Herr Wolfgang Kaisers
 13. Frau Sonja Kockartz-Müller
- Vertretung für Herrn Horst Fischer
- Vertretung für Herrn Christian Stupp

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

14. Frau Katharina Janetta
 15. Frau Annette Kehl
 16. Frau Ute Leiermann
 17. Herr Joachim Quass
- Vertretung für Herrn Hans Christian Markert

18. Frau Petra Schenke

Vertretung für Frau Renate Steiner

• **FDP-Fraktion**

19. Herr Markus Schumacher

20. Herr Tim Tressel

• **Fraktion UWG-Freie Wählergemeinschaft Rhein-Kreis Neuss/ Deutsche Zentrumspartei**

21. Herr Wolfgang Krause

• **AfD-Fraktion**

22. Herr Michael Nietsch

• **Die Kreistagsgruppe**

23. Herr Marco Nowak

• **Gäste**

24. Frau Monika Zimmermann

25. Herr Jens Hasse

26. Herr Prof. Thomas Pretz

27. Frau Laura Hollerbach

• **Verwaltung**

28. Herr Dezernent Gregor Küpper

29. Frau Ines Willner

30. Frau Ina Grothe

31. Frau Sina Marie Hüsgen

32. Frau Andrea Steins

• **Schriftführer**

33. Herr Karl-Heinz Olk

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		3
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	3
2.	Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern	3
3.	Klimaschutzmanagement im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 61/2809/XVII/2023	4
4.	Investitionen und Planungen im Bereich der Wertstoffsortier- und Abfallbehandlungsanlage (WSAA) am Entsorgungsstandort in Neuss-Grefrath Vorlage: 68/2855/XVII/2023	6
5.	Mitteilungen	8
5.1.	Sachstandsbericht zum Schrottplatz an der Stadtgrenze Neuss/Kaarst Vorlage: 68/2813/XVII/2023	8
5.2.	Sachstandsbericht zum interkommunalen Positionspapier mit wasserwirtschaftlich-ökologischen Forderungen im Zusammenhang mit dem beschleunigten Braunkohleausstieg bis 2030 Vorlage: 68/2814/XVII/2023	8
6.	Anfragen	9

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Stellvertretender Vorsitzender Wappenschmidt begrüßt die Teilnehmer und stellt die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2. Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern

Protokoll:

Gemäß § 41 Abs. 5 der Kreisordnung Nordrhein-Westfalen (KrO NRW) i.V.m. § 8 Abs. 4 der Hauptsatzung des Rhein-Kreises Neuss können zu Mitgliedern der Ausschüsse neben Kreistagsmitgliedern auch sachkundige Bürgerinnen und Bürger aus den kreisangehörigen Kommunen bestellt werden. Diese sind vom Ausschussvorsitzenden zu

verpflichten.

Die Verpflichtungsformel lautet:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde. (So wahr mir Gott helfe).“

In der Sitzung wurde für die CDU-Fraktion der sachkundige Bürger, Herr Reinbert Eitz, als stellvertretendes Mitglied des Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschusses verpflichtet.

**3. Klimaschutzmanagement im Rhein-Kreis Neuss
Vorlage: 61/2809/XVII/2023**

Protokoll:

Anmerkung der Schriftführung: Primär aus Lesbarkeitsgründen werden sämtliche Powerpoint-Vorträge aus dem öffentlichen Teil der Tagesordnung nicht der Papierversion der Niederschrift angehängt, sondern für alle verfügbar auf der Homepage des Rhein-Kreises Neuss abgelegt. (Pfad: Verwaltung und Politik/ Politik und Wahlen/ Bürgerinfoportal/ Planungs- Klima- und Umweltausschuss/ 25.05.2023)

Frau Grothe verweist eingangs ihres Beitrags nochmals auf den Titel des Projektes: Schaffung eines Klimaschutzmanagements zur Erstellung eines integrierten Klimawandelvorsorgekonzeptes für den Rhein-Kreis Neuss für die eigenen Zuständigkeiten. Sie betont, dass das Projekt am 31.01.2024 beendet werde. **Frau Grothe** führt aus, dass die CO₂- Bilanzierung und die Potentialanalyse bereits fertiggestellt seien, nun folge die Maßnahmenkonzeption. Sie informiert über die Projektarbeiten der letzten Monate, über Workshops, Vorträge und weitere Informationsveranstaltungen. Die Schwerpunktthemen dabei: Photovoltaik und Wärmepumpen. Mit ins Boot geholt worden seien das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen und die Verbraucherzentrale NRW e. V. **Frau Grothe** informiert über eine Online-Umfrage. Es sei zu verschiedenen Klimaschutzthemen gefragt worden. Die Beteiligten haben sich mehrheitlich für die Erzeugung von Erneuerbaren Energien ausgesprochen aber auch auf die Wichtigkeit von Fördermaßnahmen hingewiesen.

Folgende drei Handlungsfelder haben laut Umfrage die größte Relevanz mit Blick auf die Folgen des Klimawandels:

- der Verkehr,
- Landschaft, Natur und Biodiversität und
- eine klimagerechte Stadt- und Kreisentwicklung

Frau Grothe betont, dass alle Vorgaben aus dem Förderbescheid weiterhin eingehalten werden. So werde auch der Zwischenbericht pünktlich zum 30.06.2023 fertiggestellt sein.

Frau Hugo-Wissemann erkundigt sich zum Umsetzungsstand der im Finanzaus-

schuss beschlossenen Fördermaßnahmen für Photovoltaikanlagen. Sie fragt, ab wann die Mittel abgerufen werden können. **Frau Grothe** antwortet, dass die Arbeiten zur Organisation innerhalb der Verwaltung fortgeschritten seien. Derzeit werde das Programm zur Abrufung der Fördermittel für die Bürgerinnen und Bürger mit externer fachlicher Unterstützung konzipiert.

Stellvertretender Vorsitzender Wappenschmidt stellt Herrn Hasse von der Kommunalberatung Klimafolgen Anpassung NRW vor, die im Auftrag des Umweltministeriums Kommunen über verschiedenste Klimaschutzprojekte und die Fördermöglichkeiten berät.

Herr Hasse unterstützt die Kommunen auch bei der Erarbeitung von Anpassungsstrategien und bei der Umsetzung von Maßnahmen. Er stellt heraus, dass die Information über die verschiedenen Fördertöpfe einen Schwerpunkt seiner Arbeit bilde und verweist diesbezüglich auf seine Internetseite.

Herr Hasse berichtet über die Auswirkungen des Klimawandels, den Anstieg der durchschnittlichen Jahrestemperaturen, über stärker und länger anhaltende Hitzeperioden, über Veränderungen der Verteilung der Jahresniederschläge, über die Zunahme der Starkregenereignisse und der sommerlichen Gewitterstürme. All diese Auswirkungen des Klimawandels stellen eine echte Herausforderung für die Zukunft dar. **Herr Hasse** berichtet über die Hitze- und Gesundheitsvorsorge in den Kommunen. So stellen Hitzewellen inzwischen weltweit ein bedeutendes Gesundheitsrisiko dar.

Er informiert über Möglichkeiten der Kommunen, klimagerechtes Bauen zu fördern, insbesondere im Rahmen der Bauleitplanung. **Herr Hasse** verweist auf das Klimaanpassungsgesetz NRW, wonach die Träger öffentlicher Aufgaben zu prüfen haben, Klimaschutzziele fachübergreifend und integriert zu berücksichtigen. Unterstützung dabei biete u. a. der Klimaanpassungs-Check für Kommunen in NRW. Er stellt verschiedene Maßnahmen vor, um die negativen Auswirkungen der Klimaänderung zu mindern. Dies seien nicht nur die finanzielle Förderung der Erneuerbaren Energien sondern auch die Dach- und Fassadenbegrünung, Schaffung von Wasserflächen, Baumpflanzungen, Regenwassernutzung Entsiegelungsmaßnahmen und vieles mehr. Schließlich ruft **Herr Hasse** die Kommunen auf, die verschiedenen Förderprogramme genau zu prüfen, z. B. im Internet unter <https://kommunalberatung-klimaanpassung-nrw.de>.

Dr. Freiherr von Canstein wünscht sich zukunftsorientierte Ideen, die in den Hitzeperioden nützlich seien, aber in der hitzefreien Zeit nicht schaden würden. Er fragt zur angekündigten Zielformulierung. **Frau Grothe** betont, dass verwaltungsintern weiter intensiv diskutiert werde. Die Kernfrage dabei: Solle das Ziel ambitioniert formuliert, z. B. mit einem engen Zeitrahmen, oder niedriger angesetzt werden wie im Bund.

Dr. Freiherr von Canstein fragt zum Maßnahmenkatalog. **Frau Grothe** betont, dass dieser noch vor der Oktober-Sitzung des Planungs- Klima- und Umweltausschusses zur Verfügung gestellt werde. In der Ausschusssitzung könne dann beraten und im anschließenden Kreisausschuss beschlossen werden. Damit werden auch die zeitlichen Vorgaben aus dem Förderbescheid eingehalten. **Frau Janetta** fragt, ob Fördermöglichkeiten existieren, die speziell auf Gewerbegebiete zugeschnitten seien. **Herr Hasse** weiß von einem Netzwerk, in dem Unternehmer das Thema Klimaschutzmaßnahmen bearbeiten. Schon alleine aufgrund der großen Flächeninanspruchnahme wisse man um die Bedeutung von Gewerbegebieten für den Klimaschutz. **Herr Eitz** informiert über Probleme, wenn PV-Anlagen auf denkmalgeschützte Gebäude gebaut werden. **Herr Krause** betrachtet ein Klimaschutzmanagement an sich kritisch. **Frau Hugo-**

Wissemann betont, dass der Kreis als Multiplikator den Kommunen das Angebot der Kommunalberatung Klimafolgen Anpassung NRW übermitteln solle. **Herr Hasse** stellt abschließend heraus, dass Kreisverwaltungen für die Bereiche Regionalplanung, Katastrophenschutz, Umwelt und Gesundheit zuständig seien und daher einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf Klimaschutzmaßnahmen haben.

4. Investitionen und Planungen im Bereich der Wertstoffsortier- und Abfallbehandlungsanlage (WSAA) am Entsorgungsstandort in Neuss-Grefrath

Vorlage: 68/2855/XVII/2023

Protokoll:

Stellvertretender Vorsitzender Wappenschmidt verweist darauf, dass die Thematik „zukünftige Abfallbehandlung im Rhein-Kreis Neuss“ in der dafür extra angesetzten Sondersitzung des Planungs-, Klima- und Umweltausschusses am 15.05.2023 bereits intensiv behandelt und bearbeitet worden sei. Er betont, dass Zielsetzung der heutigen Sitzung die Beschlussempfehlung an den Kreistag sei.

Herr Prof. Pretz vom beauftragten Gutachterbüro pbo Ingenieurgesellschaft mbH aus Aachen fasst die ausführliche Vorstellung der Ergebnisse aus der Sondersitzung vom 15.05.2023 zusammen. Er informiert über die Ausgangssituation in der Wertstoffsortier- und Abfallbehandlungsanlage, kurz WSAA:

- Ca. 100.000 t Hausmüll werden in der WSAA pro Jahr mechanisch-biologisch behandelt
- Aktueller Betrieb: mechanische Behandlung + biologische Trocknung der feinen Restmüllanteile mit aktuell ca. 12 % Masseverlust (ehemals 20 %)
- Alter der Gebäude und der Anlagentechnik: Zwischen 23 und 43 Jahre alt
- Flächige Korrosion und Querschnittsminderung an Wand- und Dachflächen sowie der Tragkonstruktion
- Maschinen- und Verfahrenstechnik am Ende der technischen Lebensdauer, gleichbedeutend mit einem großen Aufwand für Betrieb und Wartung, es mehrten sich die Ausfallzeiten
- Dringend erforderlich: Die Sanierung der Dachhaut (ohne Konstruktion) Kostenhöhe gutachterlich in 2020 auf 5 Mio. € geschätzt.

Herr Prof. Pretz fasst zusammen, dass insgesamt 10 verschiedene Varianten zur zukünftigen Abfallbehandlung im Rhein-Kreis Neuss detailliert durchgeprüft worden seien und verweist auf die verwendeten Bewertungskriterien:

- Investitionskosten
- Behandlungskosten (vorrangig für die Entsorgung in einer Müllverbrennungsanlage und den Transport dorthin)
- CO₂-Einsparungen
- Recyclingquote
- Energieeffizienz
- Flächenverbrauch, Flächensituation vor Ort

Als Hauptergebnis seien für die nächste Planungsphase zwei Vorzugsvarianten ermittelt worden, zum einen die mechanische Behandlung mit Wertstoffsortierung und zum anderen der reine Umschlag direkt zu einer MVA.

Abschließend vergleicht **Herr Prof. Pretz** diese beiden Varianten direkt, mittels der Bewertungskriterien. Und er zeigt, was die Umsetzung für die bauliche Situation vor Ort bedeute.

Herr Quass freut sich auf die Vorstellung der Ergebnisse des anvisierten detaillierten Vergleichs der beiden Vorzugsvarianten in der nächsten Sitzung. **Herr Nietsch** fragt, warum für den Bau der Anlagen keine Energiebilanzen ermittelt worden seien. Er befürchte, dass vorher aussortiertes Plastik in den Müllverbrennungsanlagen als Brennstoff wieder zugegeben werden müsse, da aufgrund des Wassergehaltes im Restmüll der Brennwert zu gering sei. **Herr Prof. Pretz** antwortet, dass aufgrund der weiter zunehmenden getrennten Erfassung des Biomülls der Brennwert im Restmüll stetig ansteige und die eigenständige Verbrennung somit gesichert sei. Er ergänzt, dass nur die Energiebilanzen des reinen Anlagenbetriebs berechnet worden seien, da alles andere, wie z. B. die Bewertung der verschiedenen Baustoffe und deren Erzeugung, zu spekulativ sei. **Herr Küpper** ergänzt, dass in der Variante „mechanische Behandlung und Wertstoffsortierung“ nicht nur der Kunststoff separiert werden soll sondern auch die Metalle. Diese werden dann ebenfalls vermarktet und senken dadurch die Behandlungskosten.

Dr. Freiherr von Canstein hält die Fokussierung auf die beiden Vorzugsvarianten für nachvollziehbar. **Frau Hugo-Wissemann** unterstützt im Namen der Fraktion den Verwaltungsvorschlag. **Frau Leiermann** erkundigt sich zu Risiken durch hohe EU-Vorgaben und anstehende Gesetzgebungsverfahren auf dieser Ebene. **Herr Prof. Pretz** sieht diesbezüglich keine Probleme. Die wahren Adressaten dieser EU-Vorgaben seien die Mitgliedsländer, die in Sachen Abfallwirtschaft noch vieles aufzuholen haben. Alle EU-Vorgaben werden eingehalten. **Herr Tressel** trägt den Verwaltungsvorschlag ebenfalls mit und wünscht Informationen zu den Auswirkungen auf die Gebühren. **Herr Küpper** sagt, dass eine vergleichende Gebührenkalkulation der beiden Vorzugsvarianten bis zur nächsten Sitzung des Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschusses erstellt werde.

Stellvertretender Vorsitzender Wappenschmidt stellt eine breite Zustimmung in Sachen Beschlussempfehlung für den Kreistag fest und lässt abstimmen.

PLUA/20230525/Ö4

Beschluss:

1) Der Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Verwaltung zu beauftragen, für die folgende/n Variante/n eine Vorplanung durchzuführen.

- Neubau mit Wertstoffsortierung
- Umschlag zur Müllverbrennungsanlage

Die Vorplanungen beider Varianten sollen dem Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschuss am 26.10.2023 vorgestellt werden. Anschließend wird dieser beraten, welche Variante er dem Kreistag zur Umsetzung vorschlägt.

2) Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Kommunen die getrennte Sammlung des Bioabfalls weiter zu fördern und die Möglichkeit einer Vergärung des Bioabfalls mit Gewinnung von Biomethan am Standort in Korschenbroich zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

5. Mitteilungen

5.1. Sachstandsbericht zum Schrottplatz an der Stadtgrenze Neuss/Kaarst Vorlage: 68/2813/XVII/2023

Protokoll:

Herr Küpper fasst die Sitzungsvorlage zusammen und betont, dass die Räumungsarbeiten nach Auskunft der Stadt Neuss voraussichtlich bis Mitte des Jahres komplett beendet werden.

5.2. Sachstandsbericht zum interkommunalen Positionspapier mit wasserwirtschaftlich-ökologischen Forderungen im Zusammenhang mit dem beschleunigten Braunkohleausstieg bis 2030 Vorlage: 68/2814/XVII/2023

Protokoll:

Stellvertretender Vorsitzender Wappenschmidt leitet in die Thematik ein. **Frau Borggräfe** fragt, ob dieses Papier auch zwischen den Bürgermeistern und der Bürgermeisterin im Kreis abgestimmt worden sei. **Frau Willner** verneint und betont, dass dieses Papier nur von den betroffenen Landräten und vom Oberbürgermeister der Stadt Mönchengladbach unterschrieben worden sei. **Frau Leiermann** vermisst Aussagen zu den Aschedeponien der Kraftwerke und den Risiken bei ansteigendem Grundwasserspiegel. Sie regt an, diese Thematik ebenfalls ins Papier mit aufzunehmen. **Stellvertretender Vorsitzender Wappenschmidt** unterstützt das Positionspapier, alleine schon wegen der Sicherheit der zukünftigen Trinkwassergewinnung.

6. Anfragen

Protokoll:

Frau Janetta erkundigt sich zum Projekt „Umgestaltung des Lösshohlwegs“ in Rommerskirchen.

Herr Küpper sagt zu, dieses zu recherchieren und eine Antwort der Niederschrift beizufügen.

(Anmerkung der Schriftführung: Das Projekt hat sich durch Material- und Personalproblemen verzögert. Die aktuelle Zeitplanung sehe die Fertigstellung bis Ende des Jahres vor. Die Einbauten erfolgen bis zum Spätsommer/ Herbst, die Pflanzungen im Herbst/ Winter und abschließend dann die Wegesanierung.)

Frau Janetta fragt zu Möglichkeiten, in Rommerskirchen aus ökologischen Gründen Stilllegungsflächen zu vernetzen bzw. zu erweitern. **Herr Küpper** betont, dass die Landwirte selber bestimmen, wann welche Flächen stillgelegt werden. Er werde aber beim Rheinischen Landwirtschaftsverband nachfragen, ob es diesbezüglich einen Beratungsbedarf gebe, und wenn ja, ob der Kreis helfen könne.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Wolfgang Wappenschmidt um 18:34 Uhr die Sitzung.



Wolfgang Wappenschmidt
Vorsitz



Karl-Heinz Olk
Schriftführung

